

Bezugspreis:

Bestelln. 30. — Mt., monatl. 10. — 2 Mt. ...

Telegraphen-Adresse

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 29. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Sozialdemokratie und Regierung.

Die Programmdebatte.

Wenn aus der Programmdebatte des Reichstags außer einem verfassungsmäßig gerade noch ausreichenden Vertrauensvotum-Erfolg noch etwas Positives herauskommen soll, so kann dieses Positive nur in der Anregung gefunden werden, mit der Genosse Scheidemann seine Rede begann.

Es wäre ein Segen, wenn es dem Genossen Scheidemann gelänge, in dieser Richtung bahnbrechend zu wirken, ein Segen für den Parlamentarismus, dessen Ruf durch eine gewohnheitsmäßige Viel- und Langrederei ins Wanken gekommen ist.

Durch Beispiel und Gegenbeispiel wurde gestern gezeigt, wie es gemacht und wie es nicht gemacht werden soll. Denn nach Scheidemann kam Ledebour zu Wort, der durch die Behauptung verblüffte, Scheidemann habe seine Rede abgelesen und sich dann eine Viertelstunde in Wipfelchen über seine Behauptung löbe, nachher schwammig, zerflatternd und zerfahren sich in endlosen Einzelheiten erging und ein halbtot gelangweiltes Haus zurückließ.

Auch sonst waren die beiden Redner der beiden sozialistischen Fraktionen Beispiel und Gegenbeispiel. In Scheidemanns Rede kam klar der Wille zum Ausdruck, auf dem Wege der Demokratie die Macht zu erobern. Was aber will Ledebour? Der unabhängige Redner verwandte einen großen Teil seiner Ausführungen — und der war noch der Interessanteste — darauf, den blühenden Beweis Scheidemanns zu widerlegen, daß die Unabhängigen an der Bildung einer Regierung, aus der die Arbeiterklasse ausgeschlossen ist, die Schuld trügen.

Da ist Herr Gerat von den Deutschnationalen ein anderer Mann. Er fällt nämlich in das entgegengelegte Extrem, und während Ledebour, ungeduldet der brennenden sozialen Interessen, die er zu vertreten hätte, bis Tausend Worten kann, kann es Gerat gar nicht erwarten, bis alle konservativen Minister o. D. wieder in Amt und Würden sind, und bitter beklagt er sich über die Verdrängung seiner Partei bei der Regierungsbildung.

Herr Gerat mag einen Taktfehler begangen haben, indem er dem aierigen Streben seiner Partei nach Wiederherstellung ihrer Macht allen offenkundigen Ausdruck gab, im Grunde genommen aber sind die ostelbischen Großgrundbesitzer, deren Schwärmer er ist, viel praktikablere Politiker als jene Arbeiter, denen eine Ledebour-Rede mit ihren nicht mehr ganz neuen Schwächen lieber ist als die Ergreifung eines Stillschließens der Macht.

Am liebsten zeigte sich das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte, auf dem die neue Regierung balanciert, darin, daß sich Gerat von rechts her ganz die Erklärung zu eigen machte, die Scheidemann von links her abgegeben hatte. Was die neue Regierung will, ist trotz der funktvoll vorgetragenen Rede Scheidemanns nicht ganz klar, sollte sie das selbe wollen, wie wir,

dann werden wir mit ihr, sollte sie aber etwas unserem Willen und unserer Ueberzeugung Entgegengesetztes wollen, dann werden wir gegen sie sein. Das sagen die Sozialdemokraten, das sagen auch die Deutschnationalen, auf beiden Seiten also eine abwartende Haltung, die gerade noch dazu ausreicht, ein verfassungsmäßiges Dasein der Regierung bis auf weiteres zu ermöglichen.

Auch die Unabhängigen scheinen auf einen Versuch, die Regierung gleich nach ihrer Geburt wieder durch ein Vertrauensvotum zu kürzen, verzichten zu wollen, und das ist schließlich auch konsequent, denn diese rein bürgerliche Regierung ist ja ihr eigenes Kind. Die Sozialdemokratie wäre schon eher geneigt, ihr ein möglichst kurzes Dasein zu gewähren, wenn nur die Unabhängigen die Güte hätten, zu sagen, was nach ihrer Vorstellung dann kommen soll. Ledebour hat es nicht gesagt, also warten wir auf Henke!

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 8 3/4 Uhr.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Dies ist der erste Reichstag des deutschen Volkes, der nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu sagen hat. So möge er auch seine Technik modernisieren, indem er mit dem möglichst geringsten Kraftaufwand die möglichst große Leistung anstrebt. Wägen seine Debatten kurz und seine Beschlässe gut sein. Ein heftiger Wahlkampf liegt hinter uns, die Kräfte, die in ihm und nach ihm wirkten, haben die neue Regierung geschaffen, die mit so großen Schwierigkeiten zustande kam, und deren Programm wir heute kennen lernen. Dieses Programm läßt manches vermissen, was wir gern darin festgelegt sähen, aber es enthält doch manches, dem wir zustimmen können. So bleibt uns nur übrig,

abzuwarten,

ob die Handlungen der Regierung ihrer heute abgegebenen Erklärung entsprechen werden, und wie sie sich zu drängenden Tagesfragen stellen wird, die in ihrem Programm nicht berührt sind.

Wir haben

zu Herrn Behrenbach das Vertrauen,

daß er für die Aufrechterhaltung der freien Staatsform, deren Schutz ihm anvertraut ist, mit seiner ganzen Veran und seiner ganzen Kraft einstehen wird. (Beifall.) Im übrigen werden wir seine Taten unbefangenen prüfen. Er und seine Regierung werden uns an seiner Seite finden, wenn sie tun, was nach unserer Ueberzeugung dem Wohl der breiten Masse des Volkes dient; er und seine Regierung kennen uns aber auch genug, um zu wissen, daß ihnen unser härtester Widerstand sicher ist, wenn sie die Raben verlassen, auf der allein nach unserer Meinung eine bessere Zukunft unseres Volkes erreicht werden kann. (Beifall bei den Soz.)

Nicht ohne schwere Bedenken

sehen wir die Veränderungen, die sich auf der Regierungsbank vollzogen haben. Dinge es noch unseren Wünschen, so dürften nicht Sie, sondern nur Vertreter der sozialistisch denkenden, arbeitenden Massen dort sitzen. (Beifall bei den Soz.) — Vorurteile bei den übrigen Parteien.) Sie haben Ihren Willen ausgedrückt, nicht gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern zu regieren, und ich glaube, daß Sie sich der Gefahr bewußt sind, die daraus entstehen möchte, wenn der Versuch eines Regierens gegen die Arbeiter gemacht werden würde. Wenn aber Deutschland zum ersten Male wieder seit der Revolution

eine sozialistische Regierung

hat, so ist das, wie alle Welt weiß, keine Verschiebung der Kräfte, die sich im Klassenkampf vollzogen hat, sondern

lediglich der Verlust der Unabhängigen zu danken.

(Widerspruch bei den U. Soz.) Die Kosten werden die Arbeiter zu tragen haben. Für jeden Schaden, der ihnen daraus erwächst, daß sie keine Vertreter in der Regierung haben, sind Sie haftbar. (Beifall und Sehr richtig! bei den Soz. — Anrufe bei den U. Soz.) Das ist ein Zustand, den ich tief beklage, da nach meiner Meinung eine Zukunft nicht mehr ferne ist, die ein gemeinsames Handeln der gesamten Arbeiterklasse notwendig machen wird denn je. Glauben Sie aber doch ja nicht, daß wir jemals zu dieser Gemeinsamkeit gelangen könnten durch die Vergewaltigung der Meinung Andersdenkender. Gemeinsames Handeln und gemeinsame Taten, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist — ja; daß wir uns Ihnen aber unterwerfen, wie es der größtmöglichen Krise dienlich

von uns, der Mehrheit, verlangte — niemals! Dazu ist die Revolution nicht gewesen, daß der abgeschaffte Kaiserbescheid wieder eingeführt wird von der anderen Seite. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lachen bei den U. Soz.) Inzwischen haben die entscheidendsten Gegner der Arbeiterbewegung aus ihrer politischen Perspektivierung schon so viel Vorteile gezogen, daß es wahrscheinlich an der Zeit wäre, durch festen Zusammenhalt den entstandenen Schäden wieder weitzumachen. Wer die Arbeiterschaft zu unbeschäftigten Affinen auffodert — das Schief sich gegen keinen, der hier im Saale sitzt — der macht sich, bewußt oder unbewußt, besetzt oder unbesetzt — zum Helfer ihrer Feinde.

Ich warne ganz besonders in jetziger Zeit vor unüberlegtem Tun, gibt es doch Menschen, denen Unbesonnenheiten gerade jetzt besonders willkommen wären. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn ein Teil der Arbeiterschaft den ihm nach demokratischem Recht gebührenden Anteil an der Macht nur ausgehen hohes würde, um auf gewalttätigem Wege mehr zu erreichen, als ihm gebührt, so würde er die entrindende Reibheit des Volkes gegen sich haben, und die Herren von dort drüben (nach rechts) hätten Sie (zu den Unabh.) dann, wo sie Sie haben wollen! Auch die Regierung wird sich keinem Zweifel darüber hingeben dürfen, daß die Herren von rechts — von der Deutschen und Deutschnationalen sogenannten „Volkspartei“ — alle Anstrengungen machen werden, um sie mit List und Gewalt ganz zu sich hinüberzuziehen. Da kann ich Ihnen nur zurufen: Meine Herren von der Regierung, hüten Sie sich! Vergessen Sie nicht, daß Sie für jeden Stein, den Sie auf Ihrer Seite nach rechts rücken, auf der anderen Seite mehrere Steine nach links rücken.

Von den Herren aber, die wir nicht aus gemeinsamer Arbeit, sondern nur aus den Erfahrungen des Wahls Kampfes kennen, möchte ich dringen wünschen, daß ihnen mit dem Amt die bessere Einsicht käme. (Beifall.) Gewisse Ansätze sind ja schon vorhanden. Vor der Wahl waren wir für Sie — Herr Kollege Rippler wird es gern bezeugen —

Analphabeten, Zubälter, Kneipwirte, Reisende in Spillklosetts.

Als aber die Wahlen vorüber waren, versicherte einer Ihrer Führer dem „Kneipwirt“, daß er die ihm von diesem amebotene Regierungsbildung nur dann übernehmen könne, wenn die Reisenden in Spillklosetts unbedingt mitmachen. Reden wir ernst, meine Herren von den Rechtsparteien, miteinander: wir wissen sehr genau, daß Ihnen gegenüber die Rechte der Arbeiterschaft nur so weit geschützt sind als ihre Macht reicht! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Um die Rettung der deutschen Volksgeschichte wird zwischen Ihnen und uns ein Kampf geführt werden, der ein Kernstück des Klassenkampfes sein wird, den wir mit den gewöhnlichen Mitteln der Demokratie zu führen gedenken und in dem wir Sie schlagen werden, weil die Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung mit uns im Bunde sind. (Beif. Beifall b. d. Soz.) In der Koalition waren wir befreit, Formen zu finden, unter denen sich unüberwindliche Verschiebungen der Machtverhältnisse mit möglichst geringster Reibung vollziehen konnten. Wenn wir aus der Koalition herausgegangen sind, so bedeutet das nicht, daß wir uns von unserer Vergangenheit abwenden, um in Saß und Nische Ruhe zu tun. Nein,

mir sind dieselben geblieben.

Wir stehen zu unseren Taten, und wir zweifeln nicht daran, daß diejenigen, die sich von uns abgewandt haben, wieder zu uns zurückkehren werden. Sie werden das tun, sobald sie begriffen haben werden, wie leicht es ist, den Sperling in der Hand — den parlamentarischen Nachtanstell — fliegen zu lassen, um der Taube auf dem Dache — der Mittelklasse — nachzugehen. (Beifall und Sehr gut! b. d. Soz.) Wir werden bestrebt sein, hier die praktischen Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen und Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der organischen Entwicklung von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu der höheren des Sozialismus entgegenstellen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Deutschland soll

keine Geldaktrepublik

werden. Von der Regierung fordern wir, daß sie die demokratisch-republikanische Staatsform gegen alle Ansetzungen von allen Seiten schützt. Davon halten wir unbedingt fest. Das ist uns auch angefangen worden. Wir fordern die Republikanisierung des Heeres und des politischen Sicherheitsdienstes, wir fordern die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, die sich eben erst wieder durch

die Marburger Schmach

ihre eigenes Urteil gesprochen hat. Die Freisprechung der Marburger Zeitfreiwilligen, die nach dem Verbot der Ermordung Diebstahls, der Frau Lurenburg um 15 Männer „auf der Flucht erschossen“, wäre gewiß unmöglich gewesen, wenn die Rechte der Nationalversammlung die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit nicht in letzter Stunde vereitelt hätte. Wie viele andere schwere Sünden, so kommt der Freispruch der Marburger Zeitfreiwilligen in letzter Linie auch auf das Schuldkonto der Rechten. Meine Partei empfindet den Freispruch als eine Schmach, die dem ganzen Lande anhaften worden ist. Es widerstrebt mir, Einzelheiten über die Vorgänge hier vorzutragen, weil ich die Schmach nicht auch noch von dieser Stelle aus aller Welt verfluchen will! (Beif. Zustimmung.)

Wir fordern den Ausbau unserer demokratischen Einrichtungen, die Aufsichtsratsreform der verfassungsmäßigen Bestimmungen über Volkswirtschaft und Volksbegehren und ein Reichsdienstgesetz, das die Erziehung unserer Jugend im Geiste geistlicher Entwicklung auf gesunde Bahnen lenkt. Die Eingliederung dieser Entwurfs ist gleichfalls angefangen. Auf wirtschaftlichem Gebiete fordern wir die Ueberführung der dazu reifen Betriebsbereiche, insbesondere der Ausbeutung der Erbschätze und ihrer Ueberleitung zur Produktion in öffentliche Wirtschaft. Wenn ich recht geäußert habe, war die programmatische Erklärung gerade in Bezug auf diese Aufgaben von einer nahezu minorenhaften Zustimmung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir fordern die Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes, dessen politisches Herrtum mit dem Geiste der Republik ebenso untereinander ist wie seine wirtschaftliche Monopolstellung mit dem Interesse der Gemeinschaft. Wir fordern

Programmdebatte im Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. Ledebour (N. Soz.): Die wohlwollenden Lehren des Abgeordneten Scheidemann für die parlamentarische Arbeit der jüngeren Kollegen muß ich bei aller Bescheidenheit ergänzen: nehmen Sie sich Scheidemann nicht darin zum Muster, daß er eine vorher gut vorbereitete Rede wörtlich abgelesen hat. (Heiterkeit.) Denn das ist nach der Geschäftsordnung verboten. Ausnahmen sind nur zulässig für Herren, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind.

Präsident Loh: Die Geschäftsordnung hat nur der Präsident zu handhaben. Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat sein Manuskript nur bei Sitzten benutzt und das ist durch die Geschäftsordnung erlaubt.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Er hat nicht nur Sitze, sondern den Text abgelesen. (Große Unruhe und Widerspruch.) Da Präsident Lehrenbach das früher auch zugelassen hat, so entnehme ich daraus, daß Sie (zum Präsidenten) und Ihr Vorgänger der Ansicht sind, daß Herr Scheidemann der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist. (Erneute große Unruhe, lebhafteste Rufe rechts: Schluß! Schluß!) Ich lese nicht ab. Ich lese mir meine Rede überhaupt nicht wörtlich auf. (Luruf: Sie ist auch danach! — Stürmische Heiterkeit.) Scheidemann sagt, wir seien schuld daran, daß die Arbeiterschaft nicht in gebührender Nähe in der Regierung vertreten sei. Die Wahl bedeutete eine Verurteilung der bisherigen Koalitionsregierung. Alle Koalitionsparteien, insbesondere die des Herrn Scheidemann, sind nach allen Regeln zusammengewachsen worden. (Lachen.) Diese Art Koalitionsregierung muß doch also wohl nicht erfüllen, was ein Teil ihrer Anhänger früher von ihr erwartet hat. Nun haben sich die Rechtssozialisten der Beteiligung entzogen, weil wir nicht in die Regierung traten. Wir würden ja unserer ganzen Vergangenheit ins Gesicht geschlagen haben, wenn wir in eine solche Koalitionsregierung eingetreten wären. (Zustimmung bei den N. Soz.) Wir mußten die Beteiligung ablehnen, weil wir einer solchen Koalitionsregierung als entscheidende Gegner gegenüberstanden haben. Auch wir würden in die Regierung eintreten, aber nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir in ihr ausschlaggebend sind und die Regierung in unserem Sinne führen können. (Heiterkeit.) Wir beharren bei der Politik, die uns in wachsendem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben und zu einer Verdoppelung unserer Stimmen, zu einer Verdoppelung unserer Mandate geführt hat. Wir halten fest am Klassenkampfstandpunkt und treten nur in eine Regierung ein, die die proletarischen Forderungen bis zum letzten Punkt durchsetzen will und kann. Die jetzige Regierung kann den Arbeiterforderungen nicht mehr Rechnung tragen, als es die früheren Regierungen, auch die des Herrn Scheidemann, getan haben. Die Sozialdemokratische Partei hat in der Regierung nur die bürgerliche Politik der Demokraten mitgemacht. Rasse und Klasse haben reaktionärer Gewissenshaftigkeit als irgendjemand anderer. Mit einer so komponierten Partei (Heiterkeit) können wir nicht zusammengehen. Die Einigkeit des Proletariats kann nur auf der Basis unseres Programms erfolgen. (Beifall bei den N. Soz.) Die optimistischen Erwartungen Scheidemanns kann ich nicht teilen. Herr Lehrenbach hat Front gemacht gegen die Leute, die Millionen gegen Deutschland werden. Er sollte sich zunächst den Reichswehrminister Dr. Gessler vornehmen, dessen Redewendungen einem solchen Richter an den größten Anlaß geben. Er hat die Verchiebung der Marburger Zeitfreiwilligen an ein Militärgeschichtsmuseum (Minister Gessler: Nach den damals geltenden Vorschriften war das berechtigt. Diese Vorschriften gelten heute nicht mehr.) Diese damals geltenden Vorschriften haben gegen den Friedensvertrag verstoßen. Die Militärs sind ihren zivilen Vorgesetzten über den Kopf gewachsen. Herr Ehrhardt, der überhöht Generalleutnant, kommandiert nach wie vor in Wilhelmshaven mit Ihrer Zustimmung. Herr Dr. Gessler (Minister Dr. Gessler widerspricht.) Wenn ich ihn finde, werden Sie ihn doch auch finden können, Herr Minister. Der „Verein ehemaliger Angehöriger der Eisernen Division“ ersucht den Nationalen Reichsausschuß einfach um Auslösung von Militärschleppern an einzelne Leute. Wir haben eine Fülle von Material zum Beweise dafür, daß von den Militärs ein neuer reaktionärer Aufschwung vorbereitet wird. Ich fordere schon jetzt die Klassenbewußte Arbeiterschaft auf, sich zur Abwehr durch den politischen Generalstreik zu rüsten. (Beifall bei den N. Soz.) Nicht Abbau der Zwangsarbeit, wie der Reichsminister, fordern wir, sondern ihre Verwoll-

ständigung. Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes läßt sich ebenso durchführen wie die Sozialisierung der Bergwerke. Das gesamte Wohnungswesen in den Großstädten bedarf dringend der Ueberführung in die Gemeinwirtschaft. Es stimmt uns sehr bedenklich, daß der Reichsminister sagte, die Regierung sei gegen jeden Klassen- und Klassenhaß. Gegen Klassenhaß sind wir auch. Der Reichsminister scheint sich aber der Illusion hinzugeben, daß die Klassenkämpfe sich beseitigen lassen. Die Kriegshelden spielen ja heute noch eine bedeutende Rolle in den Regierungsparteien. Der Senat der Universität Berlin hat Professor Nicolai für unwürdig erklärt, an der Universität zu lehren. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß

die Professoren jedes Rechts- und Anstandsgefühl verloren

haben. Die Ermordung meines Freundes Passafie wird ja nicht der letzte Fall sein, den die irgendwo in Berlin sitzende Räderei zentral auf dem Gewissen hat. Passafie hat nämlich während des vergangenen Winters eine Anzahl Hirche geschossen und seinen in Not befindlichen Landarbeitern zur Nahrung gegeben. Das haben ihm seine Gutsherrschaften nicht verzeihen, sondern ihn wegen seiner menschenfreundlichen Handlung als Wilddieb und Inhaber eines Waffenlagers verurteilt, und dann hat man 80 Schwerbewaffnete gegen den völlig waffenlosen Passafie ausgesandt. Ein Teil des Klassenkampfes wird sich auch um die

Beseitigung des Iltros. Lohnabzugs

drehen, die der Reichsminister nicht in Aussicht gestellt hat. Die auswärtige Politik der Unabhängigen besteht darin, mit den arbeitenden Klassen des Auslandes Fühlung zu nehmen, weil sich nur durch gegenseitige Verbrüderung ein Ende der Ausbeutung erreichen läßt. Bei einem deutschen Siege wäre die Lage ebenso gewesen. Darum sind wir schon während des Krieges gegen die herrschenden Klassen in Deutschland aufgetreten. Hätten wir im Frühjahr 1918 mit dem Generalstreik Erfolg gehabt, und hätten wir die herrschenden Klassen damals auf die Knie gezwungen, dann wäre ein Friedensschluß in dem Augenblick möglich gewesen, als Deutschland militärisch noch auf der Höhe war. Die geschichtliche Entwicklung hat

und immer Recht

gegeben. Sofort nach der Revolution, als das Bürgerthum am Boden lag, hätte sich der Sozialismus noch durchsetzen lassen. Daran, daß das nicht gelungen ist, trägt die Sozialdemokratische Partei die Schuld. Die Sozialdemokraten mühten sich, ebenso wie sie sich von Klasse und Heine freigemacht haben, auch von Scheidemann befreien, dann werden sie vielleicht für uns büßensfähig. Unser Ziel ist die Verbrüderung der Arbeiterschaft. (Beifall und Handklatschen bei den N. Soz.)

Reichswehrminister Dr. Gessler stellt gegenüber Ledebour fest, daß die Zeitfreiwilligen in Thal damals ein Bestand der Reichswehr waren.

Abg. Dergt (Dnat. Sp.): Das parlamentarische System mit seiner absolutistischen Omnipotenz hat Piasco gemacht, es hat hinsichtlich der Bildung der Regierung nach dem eigenen Verhalten seiner Väter bankrott gemacht. Im Auslande sind die Parteiprogramme nicht so verschieden wie bei uns, daß man nicht mit wechselnder Mehrheit arbeiten könnte. Bei uns laßt aber zwischen rechts und links eine zu große Kluft. Unter Zurückstellung parteipolitischer Interessen müssen darum die Parteien dazu beitragen, eine tragfähige Mehrheit zu bilden. Gegen diese Forderung haben alle Parteien mehr oder minder verstoßen. Die Unabhängige Partei hat sich scharf ausgesprochen gegen jede formale Demokratie und Koalitionsbildung; sie setzt sich ein für eine revolutionäre, sozialistische Demokratie, für die Diktatur des Proletariats. Das zeigen ja auch neuerdings die Kundgebungen aus München. Mit ihrer Haltung haben sich die Unabhängigen außerhalb der Verfassung gestellt. (Sehr richtig! rechts, links und Gelächter bei den N. Soz.) An eine große Koalition, der fast das gesamte Volk angehört, konnten nur Ideologen glauben, denn dem Gedanken des nationalen Aufbaues, dem wir in unserm Ordnungsprogramm Ausdruck gegeben haben, haben die Rechtssozialisten sich verschlossen und den Demers erbracht, daß sie unfähig zu jeder positiven Mitarbeit sind. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Soz.) Nachdem sie in der Regierungsbildung versagt haben, wäre eine bürgerliche Gesamtkoalition das Gegebene gewesen. Hier war es die Schuld der Demokraten, die ja schon in der früheren Koalition das Bürgerthum verraten haben, daß unsere Partei

nicht einmal gefragt wurde. (Sehr richtig! rechts, Gelächter bei den Dem.) Wir haben ein Aufbauprogramm, und das kann sich sehen lassen. (Unruhe und Gelächter.) Die Demokraten haben die Verantwortung, daß das Bürgerthum nicht geschlossen auftritt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch das Zentrum, das uns in der Vergangenheit so vieles zu danken hat, trägt ebenfalls mit der Verantwortung am Scheitern der gesamten bürgerlichen Koalition. Und selbst die Deutsche Volkspartei, mit der wir gemeinsam den Wahlkampf gegen die alte Koalition geführt haben, hat nicht energisch genug auf diese breite und allein richtige Basis hingearbeitet. (Sehr richtig! rechts.) Wir hoffen aber trotzdem, daß sich alle Parteien, die diesen Willen und die Fähigkeit zum nationalen Aufbau haben, der untrennbar verbunden ist mit dem idealen und moralischen Wiederaufbau, sich zusammenfinden werden in diesem großen Ziel. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister des Auswärtigen Simons:

Die vom Herrn Vorredner geforderte Veröffentlichung der Ententnoten erfolgt in den morgigen Morgenblättern. Es wird mein Bestreben sein, der Öffentlichkeit stets die zwar harte aber notwendige Wahrheit zu geben. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag Schulz und Genossen (Dnat. Sp.) auf Einstellung der Voruntersuchung gegen den deutschnationalen Abg. Kerlhoff wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiefen. Der Präsident verliest die eingegangenen Interpellationen.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen, Berichte des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag Ledebour (N. Soz.) auf Ostentlassung des Abg. Wittwoch (N. Soz.) und des obigen Antrags Schulz-Kromberg (Dnat. Sp.), Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung.

Schluß 7 Uhr.

Der Kellerterrat beschloß, die politische Debatte am Donnerstag zu beenden, so daß am Freitag der Rotstiel und die kleinen Sachen erledigt würden. Der Vorsitz in den Ausschüssen wird so verteilt: Reichshausbau — Sozialdemokraten, Volkswirtschaft — Unabhängige, Soziales — Zentrum, Untersuchungsausschuß — Demokraten, Auswärtiges — Deutsche Volkspartei, Ausföhrung des Friedensvertrages — Bayerische Volkspartei; Geschäftsordnung — Deutschnationale; Petitionen — Demokraten; Ueberwachungsausschuß — Sozialdemokraten; Kapitalfluß — Unabhängige; Rechnungen — Zentrum.

Groß-Berlin

Die Polizei in der neuen Stadtgemeinde.

Genosse Wilhelm Richter, der dieser Tage definitiv zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt wurde, gemährte einem Mitglied unserer Redaktion eine Unterredung, in der über die Polizei in Groß-Berlin, von der Entente geforderte Auflösung der Sicherheitspolizei und die Möglichkeit eventueller Lebensmittellieferungen gesprochen wurde. Zur

Neuorganisation der Polizei

bemerkte der Polizeipräsident:

Die Polizeipräsidenten in Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersberg und Neukölln werden aufgelöst. Sie gehen in die zu schaffenden Bezirksamter über. Das Groß-Berliner Polizeiwesen wird also zentral vom Alexanderplatz aus geleitet werden. Dadurch wird in erster Linie ein besserer polizeilicher Schutz der Außenbezirke, die über einen sehr mangelhaften Polizeidienst klagen, erreicht. Diese Bezirke, in denen das lächerliche Gesindel in der Hauptsache haust und Schutz findet, werden nach demselben System wie Berlin mit Kriminalpolizei belegt werden. Dadurch, so hoffe ich, kann

der Kampf gegen das Verbrechertum erfolgreicher noch als bisher geführt und ein Rückgang der Verbrechen selbst erzielt werden.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

67] Axel wollte nicht weiter mit ihr rechten, aber er konnte doch nicht ganz verschweigen, daß sie ihn einigermaßen in Verwunderung gesetzt habe, und so sagte er: „Du wirst immer halbkarriger und verstockter, aber du meinst es nicht so.“ — „Ja meine alles, was ich sage,“ entgegnete sie. „Und nun sag mir einmal, warum konnten meine Leute nicht lieber hierher ziehen? Dann hätte ich doch etwas Hilfe von meiner Mutter gehabt. Aber du meinst ja, ich hätte nicht soviel zu tun, daß ich Hilfe brauche.“

Sie hatte damit natürlich einigermaßen recht, aber auch sehr viel unrecht. Die Familie Brede hätte ja dann in der Gasse wohnen müssen, und Axel hätte wieder nicht gewußt, wohin mit seinem Vieh. Wo wollte sie denn hinaus, fehlte ihr denn aller Sinn und Verstand? — „Ich will dir etwas sagen, es ist besser, du bekommst eine Magd.“ — „Neht im Winter, wo es nicht mehr soviel zu tun gibt? Nein, ich danke. Damals, wo ich eine brauchte, da hätte ich eine bekommen sollen, jawohl.“

Wieder hatte sie einigermaßen recht: Sie hätte eine Magd haben müssen, als sie nicht wohl und in geeigneten Umständen war. Aber Barbros war ja niemals mit ihrer Arbeit im Rückstand geblieben, sie war eigentlich jetzt ebenso flink und tüchtig, tat alles, was gefehlen mußte, und ließ niemals ein Wort von einer Magd vernehmen. Aber sie hätte eine haben sollen. „Ja, dann verstehe ich es nicht,“ sagte er mutlos.

Schweigen. Dann fragte Barbros: „Ich habe sagen hören, du wollest den Telegraphen übernehmen, den mein Vater hat?“ — „Wieso, wer hat das gesagt?“ — „Es geht das Gerüde.“ — „Ja, es ist nicht unmöglich,“ erklärte Axel. — „So.“ — „Warum fragst du?“ — „Ich frage, weil du meinem Vater Haus und Hof abgenommen hast und ihm nun auch noch seinen Lebensunterhalt nehmen willst.“

Schweigen. Aber nun wollte sich Axel doch nicht noch mehr gefallen lassen, und er rief: „Ich will dir etwas sagen, du bist das gar nicht wert, was ich für dich und die Deinen tue.“

„So,“ sagte Barbros.

„Nein!“ rief er und schlug mit der Faust auf den Tisch. Dann stand er auf.

„Du brauchst nicht zu meinen, daß du mir Angst machen kannst,“ piepste sie mit schwacher Stimme und drückte sich näher an die Wand.

„Dir Angst machen!“ machte er ihr noch und blies verächtlich. „Aber jetzt ist es ernst, und ich will wissen, wie es mit dem Kind gewesen ist. Hast du es ertränkt?“

„Ertränkt?“

„Ja, es ist doch im Wasser gewesen.“

„So, du hast das gesehen?“ sagte sie. „Du hast wohl — daran gerochen,“ hätte sie beinahe gesagt, wagte es aber nicht, denn es war vielleicht jetzt gerade nicht mit ihm zu spazieren.

„Du hast es also gesehen?“

„Ich habe gesehen, daß es im Wasser gelegen hat.“

„Ach, das hast du wohl sehen dürfen,“ verfechte sie. „Es wurde im Wasser geboren, ich glitt aus und konnte nicht mehr aufstehen.“

„So, du bist ausgeglitten?“

„Ja, und in demselben Augenblick kam auch das Kind.“

„So,“ sagte er. „Aber du hast doch einen Lappen mitgenommen. Hast du gedacht, daß du ausgleiten würdest?“

„Einen Lappen mitgenommen?“ wiederholte sie.

„Einen großen weißen Lappen, eines von meinen Hemden, das du quer abgeschnitten hast.“

„Jawohl, den Lappen hab' ich mitgenommen, um Bacholder drin nach Hause zu tragen,“ sagte Barbros.

„Bacholder?“

„Ja, Bacholder. Hab' ich dir nicht gesagt, daß ich Bacholder holen wollte!“

„Ja, oder Besenreis.“

„Ach, das ist doch einerlei, was es war“

Allein trotz dieses starken Zusammenstoßes wurde es wieder gut zwischen den beiden, das heißt, es wurde nicht mehr gut, aber erträglich Barbros war flug und zeigte sich nachgiebiger, sie witterte Gefahr. Aber unter diesen Verhältnissen wurde ja das Leben auf Moaneland immer gewogener und unerträglich, ohne Vertrauen, ohne Freude, immer auf der Wacht. Es ging immer nur einen Tag um den andern, aber solange es überhaupt ging, mußte Axel zufrieden sein. Er hatte nun einmal dieses Mädchen zu sich genommen, er brauchte es, hatte ein Verhältnis mit ihr gehabt, sich an sie gebunden;

(Fortf. folgt.)

Mordprozeß Blau.

Früher heißt, ob bis zum 1. Oktober die Bezirksämter und Polizeibehörden errichtet werden können. Die Schwierigkeit liegt in der Beschaffung von Diensträumen. Die schnelle Erledigung dieser Angelegenheit hängt von Berlin und den Einzelgemeinden ab. Ohne deren Unterstützung läßt sich der 1. Oktober als Termin nicht einhalten.

Der Groß-Berliner Polizeiparagraf wird sehr umfangreich werden. Nach Ueberrahme der Polizeiorgane der Vororte wird das Polizeipräsidium circa 24 000 bis 25 000 Beamte zählen.

Im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens von

Polizei und Bevölkerung

ist notwendig, daß das Publikum die Polizei, jeden einzelnen Beamten, bei ihren im Interesse des Allgemeinwohls liegenden Maßnahmen unterstützt. In dieser Beziehung kann schon eine erfreuliche Besserung festgestellt werden. Während früher die Fälle nicht selten waren, in denen das Publikum gegen die Beamten bei der Ausübung irgendwelcher dienstlichen Handlungen Stellung nahmen, kann man jetzt konstatieren, daß sich mehr und mehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Polizeidienstes in der Bevölkerung Bahn bricht. Die

Achtung vor dem Gesetz

muss jeden Bürger veranlassen, die Beamten in Ausübung ihres schweren und verantwortungsvollen Dienstes zu unterstützen, wie das auch in anderen Ländern der Fall ist. Dann wird es auch bei uns möglich sein, mit der geringsten Zahl von Beamten auszukommen.

Auf die Frage: Welche Folgen wird die von der Entente geforderte

Auflösung der Sicherheitspolizei

haben? antwortete Richter sehr bestimmt:

Die Auflösung kann gar nicht in Frage kommen. Sie hätte für Berlin geradezu

katastrophale Folgen.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, die Sicherheitspolizei sei eine militärische Formation oder sie auch nur mit einer solchen gleichzustellen. Sie hat einzig und allein polizeiliche Aufgaben. Sie dient ausschließlich dem Schutze der Bevölkerung vor Verbrechern. Seit ihrem Bestehen ist es mein Bestreben, sie zu dem zu machen, was sie ist: eine reine Polizeitruppe.

Mit dem Ausdruck von

Lebensmittelunruhen größeren Umfanges

rechnet der Polizeipräsident nicht. Nach seiner Meinung wird bei der politischen Krise des größten Teils der Berliner Bevölkerung die Agitation unverantwortlicher Elemente keinen geeigneten Boden finden. Sollte aber trotzdem versucht werden, Unruhen zu inszenieren, so ist dafür gesorgt, daß schnell und ausreichend polizeiliche Hilfe zur Stelle ist.

Wohlge in der Kinosammlung.

Am Sonntagvormittag (27. Juni) riefen die Kinosbesitzer ihr Publikum zu einer „Protestaktion“ gegen das Lichtspielgesetz, das Jugendlichen unter 18 Jahren verbietet, in die Erwachsenenvorstellungen gehen zu dürfen, und gegen die hohe Eintrittskartenbestimmung auf.

Die Versammlung, die im Lisa-Balast am Zoo stattfand, war durchweg von Herren und Damen der besseren Gesellschaft besucht. „Jugendliche“, die doch vor allem den Protest unterstützen sollten, waren gar nicht zu sehen. Nur wenige Burschen und Mädels aus der Arbeiterklasse waren erschienen, freilich nicht um diesen Protest zu unterstützen, sondern ihre Stimmen zu erheben gegen den Kinofund!

Der Schriftleiter der „Freien Jugend“, Ernst Friedrich, ergriff vor Beginn der Versammlung um das Wort in der Diskussion, was aber abgelehnt wurde. Auf die Referate der einzelnen Redner eingegangen lohnt sich nicht, es hagelte von Schlagworten, man sprach von der „Erohung der Jugend im Kino“, vom Film als vom „Retter des gelittenen Arbeiters“ (wörtlich: „Wenn der Film tot ist, ist das geistige Leben Deutschlands tot!“) und anderes mehr. Als einige Mitglieder der anwesenden „anarchistischen Jugend“ gegen diesen Unfug Zwischenrufe machten, wurden aus der Versammlung Rufe laut, wie „Kaus mit dem Sämmel!“, „Es gibt gleich Oberteigen“ usw.

Den Höhepunkt erreichte aber Ekstas. „Der große Filmhörn“, die behauptete, die Jugend habe ihr in Tausenden von Briefen gedankt, daß der Film so schön von des Tages Laß und Mühe ablenke“. Als endlich der Versammlungsleiter erklärte, die Versammlung sei einstimmig in dem Protest und unterstütze die Aktion der Kinobesitzer usw., erhob sich Ernst Friedrich und protestierte im Namen seiner Genossen gegen eine derartige Behauptung. Nun erhob sich ein mächtiger Sturm. Rufe erklangen wie „Maus mit dem Sämmel!“, „Werst den Wanderspel, tanz! Lausbub! Ga-Lunke!“ Im Nu wurden die drei Burschen und Mädels von den Anwesenden umringt und mit Stöcken und Häuten barbarisch zugerichtet. Ernst Friedrich blutete bald aus Mund und Nase und nur dem Dagwächtretzen eines großen Herrn von der „Mittliga“, der den Solden zurück: „Aber, meine Herren, so viele ogen einen, ist denn das Deutsch?“ ist es zu verdanken, daß Friedrich nicht noch mehr zugerichtet wurde. Endlich wurde eine Seitentür geöffnet und er und seine Freunde rausgehauen. Friedrich wurde auf die Unfallstation gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

Sowohl eine Aufschrift der Beteiligten, der wir um so lieber Raum geben, als eine unierer vorachmittlichen Plakaten die Bekämpfung des Kinofundes ist. Interessant ist, was die Mittlige „Montagspost“ über diesen tragiatischen Vorfall zu berichten weiß. Dieses Blatt schreibt folgendes:

„Ein ungeklärter Mord ohne Strömung, ohne Fragen und ohne Antwort erklärte nach Schluß der Versammlung, daß er im Namen der gesamten deutschen Jugend gegen die Protestversammlung protestierte. Bedrängte Kinofreunde mußten ihn einige Minuten später nach der in der Nähe gelegenen Unfallstation schaffen, wo er nach Anlage eines Notverbandes wieder entlassen werden konnte.“

Kein Wort des Protestes gegen diese Mord der Filmenthüsten findet dieses „demokratische“ Blatt aus dem Hause Ullstein. Vielleicht merken sich die Arbeiter, um deren Gunst dieser Vorfall so sehr buhlt, einmal die Freundschaft mit den Kinoplatzisten.

Die Arbeitslosenfrage in Schöneberg.

Die Schöneberger Stadterordnetenversammlung bezieht gestern einen dringlichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat um Maßnahmen zur Bänderung der Arbeitslosigkeit ersucht. Gefordert wird, 1. in den städtischen Verwaltungsbereichen keine Arbeiter zu entlassen, 2. alle beschäftigten Arbeiter mit Beschleunigung unter Einstellung möglichst vieler Arbeiter auszuführen und neue Arbeitsstellen vorzubereiten, 3. bei den Groß-Berliner Gemeinden auf angemessene Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hinzuwirken. Dr. Wendiner (Soz.) wies zur Begründung darauf hin, daß mit am Vorabend einer Wirtschaftskrise stehen, wie Deutschland sie noch nie erlebt hat. Die Höhe der Ausfuhr rückte zunächst über die wahre Lage hinweg, jetzt aber stehen alle Exportindustrien vor ärgsten Schwierig-

Zu Beginn der Montag-Verhandlung des Mordprozesses Richtermann und Genossen verlas Staatsanwaltstaatsanwalt Dr. Ortman eine Drahtung des deutschen Generalkonsuls in Zürich, wonach

Schreiber sein Erscheinen vor Gericht

von folgenden Bedingungen abhängig macht: Zahlung von 4000 M., Entschädigung für 20 Franken tägliche Dienstgelder, Schutz während der Reise und vor Gericht, Erlaubnis zum Waffentragen. — Staatsanwalt Ortman erklärt hierzu, daß dem Gericht nichts anderes übrig bleiben werde, als auf diese Bedingungen einzugehen, da irgendeine gesetzliche Handhabe, den Zeugen hierher zu schaffen, fehlt. R.-A. Dr. Siegr. Weinberg protestiert gegen die Zahlung der 4000 M., die man sehr leicht als Bestechungsgeld ansehen könne. Nach einer längeren Erörterung beschloß das Gericht, den Staatsanwalt zu ermächtigen, den Zeugen herbeizuschaffen. Das Gericht lehnte es aber ab, die 4000 M. zu zahlen. Der Staatsanwalt erklärt, daß er dann die 4000 M. aus dem ihm zur Verfügung stehenden Fonds entnehmen werde. R.-A. Dr. Rosenfeld bittet um Ausfluß darüber, aus welchem Fonds der Staatsanwalt die 4000 M. für Schreiber entnehmen wolle. Seines Wissens sei doch ein Spitzelfonds nicht vorhanden. Staatsanwalt Dr. Ortman: Ich habe auch keinen Spitzelfonds hinter mir. Im Interesse der Ermittlung der Wahrheit ist in einem Mordprozeß, wo es sich um Tod und Leben handelt, doch Pflicht der Staatsanwaltschaft, alle Mittel zu ergreifen, die der Ermittlung der Wahrheit dienen. Vorf. L.-G.-R. Jaël: Das Gericht hat seinen Befehl gegeben; er scheidet weitere Erörterungen darüber ab.

Als erster Zeuge wird der Redakteur Bjothenhauer aus Jena vernommen. Dieser hat nach einer Reichskonferenz in Berlin einen Vortrag über Hypnose mit daran schließenden Experimenten gehalten. Der Angell. Hoppe sei der erste gewesen, der nach ganz kurzer Zeit eingeschlossen war. Nach kaum einer halben Minute war er schon in das tiefste Stadium der Hypnose geraten. Der Zeuge erklärt, er könne sich denken, daß, wenn in einer Versammlung einer Schreier würde: „Da ist ein Spitzel, schlägt den Spitzel tot!“ Koppe vielleicht infolge der Suggestion eine solche Tat ausführen könnte. Der Zeuge gibt weitere Beispiele für die leichte Beeinflussung und fügt hinzu, daß er Hoppe als milden, weisheitsreichen Menschen kennen gelernt habe.

Kriminalkommissar Wasilad sagt auf Befragen aus: Die Spuren auf die Angelkanten sind durch eine aus München eingegangene Richtschicht geleitet worden, worin mitgeteilt wurde, daß an Blaudon einer bestimmten Gruppe ein Todesurteil vollzogen worden, zugleich wurden die Namen der Täter mitgeteilt. Der Zeuge Schreiber ist seines Wissens zur Zeit der Tat nicht in Berlin gewesen. Ihm ist auch mentales nichts davon bekannt, ebenso wenig ist ihm bekannt, daß Acosta (Rendebahn) bei der Polizei beschäftigt gewesen ist. Schreiber ist dann von Wasilad bei den weiteren Ermittlungen mit hinzugezogen worden. — R.-A. Dr. Rosenfeld will von dem Zeugen Auskunft darüber haben,

welche Summen an den Schreiber gezahlt worden

sind. Der Zeuge erklärt zunächst, daß ihm von seiner vorgesetzten Behörde die Aufgabe nur im Rahmen des § 53 gestattet sei und er zunächst die Genehmigung zur Beantwortung dieser Frage einholen müsse. — Es erhebt sich hierüber ein langes Hin und Her; die Verteidiger Rosenfeld, Weinberg und Liebnecht bleiben dabei, daß der Zeuge kein Recht zur Verweigerung der Aussage habe. Staatsanwalt Dr. Ortman hält die ganze Frage für unerlässlich. Zeuge Wasilad erklärt schließlich nach längerem Besinnen, daß er gewillt sei, die Frage zu beantworten. — Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und kehrt dann den Antrag des Verteidigers ab mit der Begründung: Es sei ja bekannt, daß Agenten bei der Polizei bezahlt werden. Welche Höhe die Bezahlung erreicht hat, die an den Agenten Schreiber gegeben ist, ist für die Frage der Glaubwürdigkeit Schreibers und des Zeugen Wasilad unerlässlich. — Auf die Frage Dr. Weinbergs, ob dem Zeugen bekannt sei, daß der

Spitzel Tösi in die Zelle des Lesener gedrückt

worden sei, um diesen auszuheben, erklärt der Zeuge: er sei nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben. Ueber die Mittel, deren sich die Polizei bedient, um ein Verbrechen aufzuklären, könne er keine Auskunft geben. Er selbst weiß aus eigener Wissenschaft nichts davon. — R.-A. Liebnecht: Ist dem Zeugen bekannt, daß die antihörschwitzige Liga mit Spitzeln, wie dem Spitzel Siebel und dem Leutnant Wodmann zusammengearbeitet hat? Der Zeuge erklärt, daß er einen Siebel nicht kenne. Weitere Fragen des R.-A. Liebnecht an den Zeugen beziehen sich darauf, ob ihm die Namen der Personen bekannt sind, die an der Spitze der Agentenabteilung der bolschewistischen Liga stehen. Staatsanwalt Dr. Ortman beantragt, diese Fragen abzulehnen. Wenn hier solche politischen Dinge erörtert werden sollen, so würde dies doch zu weit führen, und es gehört doch nicht zur Entschärfung der Frage, ob die Angeklagten des Mordes oder der Beteiligung daran schuldig sind. Wenn das alles hier aufgestellt werden solle, dann müßte man doch auch weiter ausrollen.

inwieweit die kommunistische Partei an der Straftat beteiligt sein kann. — Das Gericht lehnt die Frage ab, da sie aus politischen Gründen gestellt sei und mit der Schuldfrage nichts zu tun habe. — R.-A. Dr. Weinberg: Ist dem Zeugen bekannt, daß auf Anweisung militärpolizeilicher Stellen Blau bei der Besetzung der Württembergischen Drucker als Kommandant tätig gewesen ist und ein Auto des Berliner Magistrats gestohlen hat? — Zeuge: Nein, davon ist mir nichts bekannt.

Zeuge Blumenthal aus Darmstadt ist seinerzeit Leiter der Rechtschule der U. S. B. D. in München gewesen. Er berichtet verschiedenes über die Spitzeltätigkeit Blaus, der sich als Kommunist ausgegeben und grüßt habe, er habe seine Spitzeltätigkeit für die antihörschwitzige Liga nur zum Schein ausgeübt. Der Zeuge erklärt die Erzählung Schreibers über die fiktive „Verschwörung“, bei der er in so romantischer Weise auf die kommunistische Partei vereidigt worden sei, für die Phantasie Schreibers. Ein solcher Vorgang habe nicht stattgefunden und sei ganz ausge-

klungen. Blau sei auf seinen eigenen Wunsch zusammen mit Herrn Schuster und Schreiber nach Berlin abgereist. Er (Zeuge) habe den Blau überhaupt nicht gekannt und sei mit ihm erst auf dem Münchener Bahnhof zusammengetroffen. Schreiber habe er für einen Genossen gehalten. Schreiber habe hinsichtlich Blaus keinerlei Auftrag seitens irgendeiner Münchener Parteizentrale erhalten. In einem Briefe August von Herrn eingegangenen Brief hat dieser dem Zeugen geschrieben, daß er

und Schreiber und Schuster untergebracht habe. — Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß, bevor Herr mit Blau und Schuster wegfuhr, irgendwer davon gesprochen hat, daß Blau beseitigt werden solle? — Zeuge: Nein. Herr hat wohl einmal einen Ausdruck gebraucht, daß Blau unschädlich gemacht werden müßte.

Der Vorsitzende hält dem Zeugen Blumenthal aus dem Protokoll über seine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter vor, daß er früher erklärt habe, Herr habe einmal geäußert, „Blau müsse unschädlich gemacht werden“. Der Zeuge erklärt jetzt, daß er eine gewalttätige Beseitigung damit nicht gemeint habe. — R.-A. Dr. Weinberg: bemerkt hierzu, daß unter Unschädlichmachung die Bekämpfung des Namens und der Photographie eines Spitzels in Parteifreien verstanden werde. — Der Zeuge Blumenthal erklärt auf Fragen des Vorsitzenden, daß er Blau für einen ganz gefährlichen Spitzel gehalten habe.

Frau Mathilde Baum eifer aus München bekundet, daß sie als Beistherin des Revolutionstribunals den schuldigen Herrn während der Münchener Rätezeit kennen gelernt habe. Die Zeugin hat früher bekundet, daß Herr nach seiner Rückkehr aus Berlin geäußert habe, „Blau sei in Berlin erschossen worden“. Außerdem habe ihr ein gewisser Frell erzählt, daß in einer kommunistischen Versammlung, in der ein besonderes kommunistisches Tribunal gebildet worden sei, über Blau das Todesurteil verhängt wurde.

Die ganze Art, in welcher die Zeugin ihre Aussagen macht, scheint den Prozeßbeteiligten etwas sonderbar. Schließlich stellt sich heraus, daß die Zeugin sich längere Zeit in einer Kerkerei in Lausitz befunden hat. Sie erklärt dies damit, daß sie nach ihrer besagten Aussage in der Sache Blau von den Kommunisten

als Verräterin bezeichnet und wiederholt beehrt worden sei, daß sie völlig nervös geworden sei und in eine Anstalt gebracht werden mußte. Staatsanwalt Ortman: Hier liegt also ein Fall vor, daß

eine Frau infolge der Drangungen von kommunistischer Seite sogar in eine Anstalt gebracht werden mußte.

Einige weitere Zeugenaussagen sind ohne erhebliches Interesse. Zeuge Peters, Parteileiter der U. S. B. D. in Magdeburg, der am 1. August 1919 von mehreren Personen, darunter Herrn und Schreiber, aufgesucht worden ist, hat dem Schreiber auf sein Gesuch eine Zeugenuntersuchung gewährt. Den Blau habe er nicht gekannt. Er bestritt entschieden die Behauptung, die Schreiber zu Protokoll gegeben, daß Schreiber im Auftrag des Herrn nach Magdeburg gekommen sei und ihn betrogen habe, die bei ihm niedergelassenen Notizen über Blaus Leben und Treiben zu vernichten. Der Zeuge erklärt dies für

puren Schwindel und Phantasiegebilde.

Der Zeuge Georg Fobbi, Mitglied der U. S. B. D., wird ausführlich über die Veranlassung befragt, in der Blau als Spitzel entlarvt worden ist, ferner über die daran sich schließenden Vorgänge. Die Versammlung habe unter Vorsitz des Bezirksführers Lesener stattgefunden und der Zweck gehabt, eine Kommittee vorzunehmen. Er bekundet u. a.: Als man im Anschluß an die Versammlung in Gruppen nach dem Kreuzberg gegangen war, wurde dort über Blaus Tätigkeit als Spitzel diskutiert. Blau habe diese Tätigkeit bestritten und erklärt: „Ich bleibe so lange bei euch, bis die Sache von Stroh angefaßt ist.“ Als dann die Nachricht kam, daß der Stroh nicht angefaßt sei, erklärte Blau: er möchte, da er von der Reise noch ermüdet sei, nicht auf der Straße stehen, und fragte, ob man nicht ein Unterkommen für ihn habe. Dann hat sich der Zeuge, wie er sagt, aus Rücksicht auf Blaus Wohl, bereit erklärt, ihm Quartier in seiner Wohnung zu geben. Geisler und Hoppe gingen mit dorthin. Der Zeuge schildert die Vorgänge in der Wohnung und in wesentlicher Uebereinstimmung mit der Darstellung des Angeklagten Hoore die Ueberrührung des Blau am nächsten Abend nach der Großbeerenstraße. Er, Zeuge, sei bis dorthin mitgegangen, dann müsse er nicht, was geschähe sei. Er sei in ein Lokal gegangen, wo sein Vater sich aufhielt, und erst in der zwölften Stunde sei er wieder nach der Großbeerenstraße gegangen, um zu hören, wie sich die Sache Blau weiter entwickelt habe. In der Großbeerenstraße auf der Straße habe er Schreiber getroffen, mit dem er auf und ab gegangen sei. Da sei ein Mann gekommen und habe gesagt: Blau sei erschossen. Bald darauf sei eine Gruppe herangekommen, die ein Bündel schleppte und ins Wasser warfen. Was darin war, wisse er nicht. — Der Vorsitzende stellt aus dem Protokoll über die Vernehmung des Zeugen im Vorverfahren fest, daß er dort von der T-Gruppe gesprochen und daß ihm auch Hoppe einmal erzählt habe, es bestähe eine Gruppe zur Verfertigung der Spitzel. Der Zeuge kann sich darauf nicht besinnen. Er sei infolge seiner Verhaftung so niedergedrückt gewesen, daß er nicht mehr wisse, was er damals auszusagen habe. Das gleiche erklärt er bei den verschiedenen Einzelheiten, die ihm aus der Voruntersuchung vorgelesen werden. Er hat in der Voruntersuchung den Mord in allen Einzelheiten geschildert, wie er ihm von den Beteiligten dargestellt worden sei, jetzt kann er sich auf alle diese seine Aussagen vom November u. s. nicht mehr besinnen und gibt überall nur die „Möglichkeit“ an. Insbesondere hat er in seinen früheren Vernehmungen bezüglich Fichtmanns ausgesagt, daß dieser bei dem Transport des Bündels nach der Straße dem transportierenden Trupp vorausgegangen sei. Er erkennt jetzt Fichtmann nicht wieder und bezeichnet den betr. Mann nur als den „kleinen Schwarzen“. Der Zeuge erklärt noch auf Befragen, daß er vor seiner letzten Vernehmung von seiner Seite Trostbriefe oder Einschüchterungsbriefe erhalten habe und daß von seiner Seite auf ihn einwirkelt sei. Er sei aus der U. S. B. D. ausgetreten, weil er hier in Veste Gesellschaft unschuldig mit hineingezogen worden sei und viel Nummer und materielle Nachteile gehabt habe.

Die Verhandlung wurde hierauf um 4 1/2 Uhr auf Dienstag 2 1/2 Uhr vertagt.

nach Möglichkeit abgelesen werden soll. Der dritte Teil wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. — Aus der überaus umfangreichen Tagesordnung kann die Berichterstattung nur einige Punkte wiedergeben. Eine Anfrage der Deutschnationalen ergab, daß bei der Reichstagswahl die Demokraten im Rathaus einen Raum zum Wahlbureau benutzt haben. Oberbürgermeister Dominicus verweigert, so etwas werde nicht wieder vorkommen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Obf., man solle ruhig offen Parteien bei solchen Anlässen die Rathsausräume überlassen. Die Vorkosten der Wählervereinnungen anstatt werden infolge der Preis- und Lohn-erhöhungen jetzt auf 14 Millionen Mark berechnet, so daß gegenüber dem früheren Kostenanschlag von etwa 5 Millionen eine Nachbewilligung von noch über 9 Millionen nötig wird. Die rechtsstehenden Fraktionen schwebten wieder einmal ihre Abneigung gegen Kommunalverträge. Frisch (Soz.) und Erdmann (Soz.) gaben ihnen die richtige Antwort. Eine Vorlesung des Steuerbüros tritt nicht ein, da das Unternehmen bei entsprechender Festsetzung der Gebühren sich selber erhält und die aus Anleihe zu deckenden Baukosten verringert. Die Vorlage wurde angenommen.



DISCONTO-GESELLSCHAFT BERLIN

ZAHLREICHE ZWEIGNIEDERLASSUNGEN IN DEUTSCHLAND BANKMASSIGE GESCHÄFTE ALLER ART

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1919 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden

Kapital und Reserven 450 000 000

Opernhaus.
Rigoletto.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Der Kronprinz.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
Maria Orska
8 Uhr: Welt u. Humpelmann
Kammerspiele.
Abel — Käte Dorsch
7 1/2 Uhr: **Leibgardist**
Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bf. Zoo).
Gisela Werbezirk
7 1/2 Uhr: **Moral der Frau Dulka.**
Ab 1.: Gertrud Eysoldt
Die Büchse der Pandora.

Theater des Westens
Max Pattenberg:
7 1/2 Uhr: **Goldene Ritterzeit.**
Ab 1.: Familie Schmek.
Großes Schauspielhaus.
Di. 7 1/2 Lysistrata (27. Abt. 4. A.)
Mi. 7 1/2 Lysistrata (28. Abt. 4. A.)

Theater i. d.
Königgrätzerstraße
1/2 Uhr: **Geständnis.**

Komödienhaus
3. D. Reise in die Mädchenzeit.
Berliner Theater
1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**

Theater am Rohrbauer Tor.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eme-Sänger
Ab 1. Juli (während des Urlaubs der Emes-Sänger):
Gastspiel d. beliebten Orig. Leppas, Fritz Weber-Sänger.
Bestimmtes Programm!
Verkauf: 2-1/2 u. 4-8 Uhr.

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1082
Ernesta Nelken
Franz & Lisa König
Ruth Hoff
Adolf Hartley
Ellen & Käthe Eschee
Eugen Mack
Annel Lohmann
Hans Helmut Bachmann
Adi Liebows Meisterquart.
Adolf Lieban
H. Weine, H. Küche
Moses, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr.
Elektr. 100.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7. **Das Käthchen v. Heilbronn**

Lessing-Theater.
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **D. Glas d. Jungfrau**
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Deutsches Opernhaus
7 U.: **Prinzess. v. Trapezunt**
Die Tribüne
8 Uhr: **Bunbury.**
Friedr.-Wilhelmst.Th.
7 1/2 Uhr: **Evchen Humbrecht.**

Kleines Theater.
Die Pfarrhauskomödie
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Der ungetreue Ekkehart**

Metropol-Theater.
7 1/2 U.: **Im weißen Röss'l**
Neues Central-Theater
7 1/2 U.: **Die Dame im Frack.**
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Prinzessin Friedl.**
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: **Die 3 Zwillinge**

Schauburg
Königgrätzer Str. 121.
7 Uhr: **Otto Härtling** in
Eine nette Bekanntschaft.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: **Der Vielgeprüfte**

Thalia-Theater
7 1/2 U.: **Ihre Hebeln die Tänzerin**

Tham Nollendorffplatz
7 1/2 U.: **Eine Nacht im Paradies**

Theater i. d. All. Jakobstr.
7 1/2 U.: **Die verschwund. Pauline.**

Wallner-Theater
7.15 Uhr: **Der liegende Holländer**

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Kasernenluft.**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 1/2 Uhr:
Maskerade.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Störenfried.

Residenz - Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 1/2 Uhr:
Paul Wegener u. Olga Limburgin
Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der gute Ruf.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Schwarzwalddmädlel
Friedr.-Wilhelmst.Theater
7 1/2 Uhr: **Evchen Humbrecht.**
Der große Erfolg.
Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: **Die lustige Puppe.**

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Lindenstr.
7 1/2 Uhr:
Filmmir-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Apollo
7 1/2 Theater 7 1/2 Uhr:
Direkt. James Klein.
Nur noch 2 Tage
Natura-
Istisch-phantastisch.
Ballett
Variété-Gastspiel
Franz Groß
v. Theat. d. Westens
8 welt. Sensationen

Neue Welt
Arnold Schoiz
Hasenheide 108-114
Täglich Konzert
und Vorstellung.
Dienstags, Mittwochs,
Donnerstags u. Sonntags:
Großer Gall.
Die Kalleeküche
ist täglich geöffnet.
Anfang wochentags 5 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

METROPO
KABARETT
Schauburgstr. 53-54

2 Lorleys
Dr. Benno Wünsch
Ciselatus
Rosel Dehny
Martin Loewe
Annie Trautner
2 Kajanows
Mimi Brix Gust. Werner
Arthur Weinschenk
in **Coco u. Coca**
Reeves u. Reeves
Am Fißgel: E. Henschel.
Kapelle Mund Neumann.

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stett. Säng.
Variété
Dänisch-Brettel.
Garten u. Saal.
Ab 8 1/2, Sonntags

Ballhaus Max u. Moritz
Kommandantenstraße 58-59.
Schönstes u. größt. Ballhaus
Die gute Ballmusik.
Kein Weinzwang

LUNA-PARK

Sonntag	Groß-Feuerwerk	Doppelkonzert	Eintritt 4.-
Montag	Doppel-Konzert	Eintritt 2.-	
Dienstag	Volksfest	Feuerwerk, Doppelkonzert	Eintritt 1.50
Mittwoch	Doppel-Konzert	Eintritt 2.-	
Donnerst.	Elitetag	Gr. Feuerw., Doppkz.	Eintritt 5.-
Freitag	Doppel-Konzert	Eintritt 2.-	
Sonntagn.	Feuerwerk	Doppel-Konzert	Eintritt 3.-

Volkstag
Heute: **Feuerwerk :: Doppelkonzert**

Trabrennen Ruhleben
am Mittwoch, den 30. Juni,
nachmittags 2 1/2 Uhr.

BERLINS
Tagesgespräch!
3. Woche
ZIRKUS WOLFSON
Sensations-Film
Beginn 7 und 9 Uhr
Vorverkauf 11-1 Uhr

Sommer-Theater
„Groß-Berlin“
vorm. Klem, Hasenheide.
Dienst. Försterchristel.
Mittw. J. Sansat-Chauspie.
Krone und Fessel.
Das Ende ein. Königskrone
Ab 3 1/2 Spezialitäten.
Kasse vorm. 10 u. ab 3 U.

BTD
Potsdamer Str. 38
Hilde Wörner
im Lustspiel
Die Berliner Range
Lotte Sachs erst. Streif.
Asta Nielsen
im Drama
Das Ende vom Liede
Turmstr. 12
Pola Negri
Harry Liedtke
im Schauspiel
Der gelbe Schein

Ankauf Juwelen
zum heutigen hohen Kurse
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonierstrasse 9

Preußische Lotterie-Lose
für jede Klasse: 1/5 14,60 20,20 28,60 M.,
für alle 5 Klassen: 30,50 75,- 146,- 292,- M.,
hat zur 1. Klasse abgegeben 63 1/2
Gustav Dase, Berlin SW, Alte Jacobstraße 16.

Deutsch. u. franz. Cognac-Verschnitt
sowie Weinbrand-Verschnitt
in nur Ia. Qualitäten in 1/2-Ltr. Flaschen, versteuert,
nat. laufend zu den billigsten Tagespreisen abzugeben
Gebrüder Hoff, Spirituosen
Teleph.: Moritzpl. 2512. Berlin SW 61, Planitzer 12.

Gold-Warnung! Bruch!
Wenn Sie Platin, Gold und Silberbruch sowie
Brillanten, Uhren, Zahngebisse usw. verkaufen
wollen, wenden Sie sich stets an die Firma
H. Wiese, Artilleriestraße 30
denn der Weg ist sehr lohnend!
Zahle für Platin bis 5 M. über den höchsten
Tagespreis, für Goldsachen enorme Preise!
Bruch- Fahrt wird vergütet! Gold!

Berliner Spar- und Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit
beschränkter Haftung.
Bilanz am 31. Dez. 1919
1918/19 Aktiva.

Wart	
Bebaute Grundst.	10 961 640,74
Gartenland	
Rechenberg	11 465 220,28
Rechenberg	89 550,00
Unbebaute Grundst.	2 100 119,00
Immobilien	1,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	50 000,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	17 725,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	2 412,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	819 181,11
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	8 281 056,41
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	10 351,11
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	11 400,00
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	10 841 911,04

Passiva.

Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	18 071,04
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	247 520,04
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	2410,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	1 900,04
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	3 000,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	282 545,11
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	2 742,04
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	10 105 900,04
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	860 600,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	6 285 015,41
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	905 070,10
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	1 000 720,81
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	58 888,51
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	109 000,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	78 800,71
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	1 172 400,00
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	582 800,-
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	2 155 200,00
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	594
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	153
Umlag.-Rückst. d. Bsp.	740

Triggelsbergahl.
Am 1. Januar 1919 ... 594
Eingetretten im Jahre 1919 ... 153
740

Am 31. Januar 1919
haben aus folgender
Umlage, Tob und Auf-
stimmung ... 29
Wahrsam an Mitglieder
am 1. Januar 1920 ... 710
Die Bestimmung
Sämtl. Mitglieder
betrag 2. Hälfte
des Umlage-
jahres 1918 ... 1 172 400,00
Sie hat sich ver-
mehrt um ... 582 800,-
Sämtl. Bestimmung
am Schluß des
Geschäftsj. 1919 2 155 200,00

Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Rasche
Parabellum
Pistolen, Gewehre
aller Art
Frank & Co., W. S.
Markgrafstr. 50.

Teurungskrawalle.

Ausnahmezustand über Hamburg.

Hamburg, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Hamburg und Altona kam es im Laufe des Sonnabends gleichzeitig an verschiedenen Stellen zu großen Menschenansammlungen. Die Menge wachte sich zuerst gegen die Straßenbänder und erzwang eine Herabsetzung der Lichtpreise. Darauf wurden verschiedene Schaufensterläden geöffnet und Zwangsverkäufe an bedeutend herabgesetzten Preisen vorgenommen. In einem Geschäft in Elmhorn kam es dabei zu einer folgenschweren Schießerei. Ein Ladeninhaber, in dessen Geschäft die Menge eingedrungen war, gab aus seiner Wehrung Gewehrschüsse auf die Menge ab. Dabei wurde ein siebenjähriges Kind erschossen und ein junger Türke schwer verletzt. Auch in Altona mußten Sicherheitstrupps von der Waffe Gebrauch machen, wobei zwei Personen getötet wurden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Im Laufe des Sonntags erschien eine Bekanntmachung des Senats, durch die der Ausnahmezustand über Hamburg verhängt wurde. Die Vollzugsanweisung ist dem Polizeichef Herr von Bredow worden. Verschiedene Anordnungen sind verboten. Plünderer werden erschossen. Infolge dieser scharfen Maßnahmen ist jetzt Ruhe eingetreten. Eine genaue Angabe über die Zahl der Toten und Verwundeten bei den Unruhen am Sonnabend ist bis jetzt noch nicht möglich.

Murken in Mainz.

Mainz, 28. Juni. (WZ.) Schon in den frühen Morgenstunden hatten sich auf dem Marktplatz Tausende von Menschen versammelt, meist Bauern, darunter viele der Polizei wohlbekannte Verhafteten. In Strömungen von Mord und Ordnung ist es bisher noch nicht gekommen. Französische Gendarmepatrouillen durchziehen die Stadt. Außerdem sind 3 Panzerautos und 3 Tanks in der Nähe des Marktplatzes aufgestellt. Unter dem Druck der Zwangsverkäufe wurden die Preise der meisten Warenversteigerungen ganz wesentlich herabgesetzt. Am Sonnabendmorgen wurden zwischen 20 bis 25 M., Erbsen zu 80 und 10 Pf. das Pfund verkauft.

Das „freie Spiel“ bankrott.

Wenn wir aus dem nunmehr bekannt gewordenen Programm der neuen bürgerlichen Regierung die Teile zusammenstellen, die die Richtung der zukünftigen Wirtschaftspolitik abgeben, so geben sie insgesamt ein recht düsteres Bild. Der Entwertung des Geldes und der Steigerung der Warenpreise soll von der Geldseite aus durch eine Fortführung der Steuerreform beigegeben werden. Das Nischenbesitz bei Post und Eisenbahn wird beseitigt, die Steuerabgabe wird vermindert. Steigerung der Gütererzeugung wird gefordert, technische, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen zur Steigerung der Kohlen- und Kohlenförderung werden versprochen. Ueber die Zwangswirtschaft sagt das Programm:

Eine Besserung unserer Versorgung darf besonders von der besonnenen Forderung der Zwangswirtschaft erwartet werden. Allerdings kann heute die Forderung auf völlige Wiederherstellung des freien Verkehrs für die wichtigsten Rohstoffe noch nicht erfüllt werden. Unsere Ernährungspolitik muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß in der Zeit der Knappheit ein jedes Bedürfnis seiner dringenden Bedürfnisse zu erschwinglichen Preisen erhält. Es kann nur ein planmäßiger Abbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion gerecht wird und auf den gebührenden Gebieten, wo die öffentliche Wirtschaft unbedingtes Existenzminimum nicht mehr ist, dem freien Handel die Möglichkeit gibt, die bessere und billigere Versorgung herbeizuführen. Auf diese Weise wird dem „freien“ und „Wohlfahrt“ am ersten der Boden entzogen und im Falle die Moral wieder gegeben werden. Der Handel aber soll seine Kenntnisse in einem System Wege in den Dienst der Lebensmittelförderung stellen.

Die Regierung wird auf die Erhaltung einer „starken“ Niederung unserer Wirtschaftsleben achten und deshalb an gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand unterstützen in dem Bestreben, sich durch zweckmäßige Organisationsmaßnahmen lebensfähig zu erhalten. Dabei wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß ein wesentliches Mittel der Selbsthilfe bilden. Die Probleme unserer Wirtschaft sind auf dem Boden des „freien“ freien Spiels der Kräfte nicht zu lösen. Es bedarf dazu einer zielbewußten Volkswirtschaftspolitik, die in jeder Weise auf das Wohlbefinden einwirkt.

Das Wichtigste in diesen Ausführungen ist das Bekenntnis, daß die Probleme unserer Wirtschaft auf dem Boden des völlig freien Spiels der Kräfte nicht zu lösen sind. Wir stehen zurzeit in einer schweren Krise, die Arbeitslosigkeit wächst zusehends, die kapitalistischen Volkswirtschaften, das sind die einzelnen Wirtschaftszweige, sind aus Mangel an Betriebskapital teilweise entleert, Kohle, Stahl, Zementindustrie usw. Das auf den Banken liegende Privatkapital entzieht sich der Produktion, weil es dort unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Renten verspricht. Die Kaufkraft sinkt infolge der Lohnausfälle. Die Demonstrationen werden sich, da keine so wohl dringend notwendig gewesen, daß das neue Regierungsprogramm klar ausgeprochen hätte, daß dort, wo Material beschafft und produziert werden kann, produziert werden muß, und die Regierung diese Produktion finanzieren wird. Hier liegt der Brennpunkt der gegenwärtigen wirtschaftlichen und auch politischen Schwierigkeiten und Gefahren. Das Programm sagt nichts. Millionen Arbeitswilliger werden schwer enttäuscht sein. Im wirtschaftlichen Teil des Programms fehlt das kostvolle, unerlässliche Bekenntnis, einen den völlig veränderten ökonomischen Grundlagen entsprechenden neuen Weg zu gehen. Fehlt hier die notwendige klare Klarheit und kein einseitiger, nachträglicher Blick, wie er auf sozialistischer Seite sich entwickelt hat, so müssen wir mit ernstlichen Besorgnissen der allerhöchsten Zukunft entgegensehen. Die Deutsche Volkspartei, die im Kampfe um den letzten die „Erschließung der Zwangswirtschaft“ erfochten hat, muß nun bekennen, daß auch ihre Vertreter in der Regierung, die das Wirtschaftsministerium an sich rufen, das „freie Spiel“ nicht wieder einführen können. So läßt die Zukunft, um so heller muß der Blick des Volkes werden für die Partei, die die Stimmendeute jetzt leisten werden.

Die sozialdemokratischen Interventionen über die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot sind im Reichstagsbericht unserer gestrigen Abendansprache beiseite als Interventionen Anforde (M. Sox) bezeichnet. Genossin Anforde gehört der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an.

Berichtigung. Wie uns das Gewerkschaftsblatt „Arbeiter“ mitteilt, ist die von uns von einer Adressenagentur übermittelte Mitteilung von einem Arefelder Ultimatum auf die Belgier unrichtig gemessen.

Sieg der Konfessionslose. Mit Ausnahme von München und Nürnberg wird in Bayern die Simultanschule zunächst nicht weiter eingeführt. Die neue Reichsregierung soll damit einverstanden sein, daß erst die „Mittelstufe“ erklärt wird. — Das schwarze Österreich führte die Simultanschule 1869 ein.

Gegen die Ausweisung aus Südsibirien protestierte eine große sozialdemokratische Versammlung in Kopenhagen.

Deutscher Konsul in Dantsig ist der Amtsrichter Dr. Sieblich.

Die Entwaffnungsnoten.

Die dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten drei Noten über die Entwaffnung lauten in Uebersetzung:

I.

Die Alliierten Regierungen haben mit dem größten Bedauern die Langsamkeit und den Mangel an gutem Willen festgestellt, mit dem die Deutsche Regierung an die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrags über Landheer, Luftfahrt und Marine herangegangen ist.

Am 21. Juni, nach Ablauf von beinahe 6 Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages, sind die wichtigsten dieser Bestimmungen noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. So kommt es, daß das stehende Heer soeben erst auf 200 000 Mann zurückgeführt worden ist, eine Zahl, auf die es am 10. April hätte gebracht sein müssen, und daß seine Gliederung mit der im Friedensvertrag vorgegebenen nicht im Einklang steht; daß keinerlei Gesetz erlassen worden ist, um in Deutschland ein dem Friedensvertrag entsprechendes Desertieren einzurichten; daß durch den Vertrag verbundene militärische Formationen, wie die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehr, trotz wiederholter Aufforderungen noch fortbestehen; daß die Herstellung des Kriegsmaterials, die am 10. März hätte beendet sein sollen, noch nicht zur Hälfte durchgeführt ist, und daß die Ausfuhr von Waffen nach dem Ausland andauert.

Die Alliierten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Wehrkräfte, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfange aufrechtzuerhalten, und deren schon allzulange verzögerte unvollständige Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die Alliierten Regierungen, daß die Deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Abänderung der militärischen Bestimmungen des Vertrags mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nutzlose neue Verzögerungen mit sich bringen würden.

Die Antwort der Alliierten Regierungen auf den Antrag der Deutschen Regierung wegen Beibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf der durch den Friedensvertrag bestimmten Stärke von 100 000 Mann und in der durch diesen Vertrag vorgesehenen Gliederung zu belassen sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist, und daß andererseits die Stärke der Polizeikräfte auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913 vermehrt wird.

Des Weiteren fordern die Alliierten Regierungen die Deutsche Regierung auf, unterzüglich die deutsche Gesetzgebung entsprechend der Bestimmung des Artikels 211 mit den militärischen Bestimmungen des Vertrags in Einklang zu bringen, gesetzliche Maßregeln zu treffen, um entsprechend dem Artikel 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der „Einwohnerwehren“, die im Widerspruch mit der Entschlieung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen.

Die Alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Durchführung des Kriegsmaterials keine neue Verzögerung eintritt und daß die Ausführungen aller Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl hinsichtlich der Truppenstärke als auch hinsichtlich des Kriegsmaterials ohne weiteren Aufschub erfolgt; andernfalls würden sich die Alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu prüfen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrags sicherzustellen.

II.

Mit einer Note vom 4. Juni hat sich die Deutsche Regierung unter Berufung darauf, daß die Alliierten Mächte auf ihren am 20. April gestellten Antrag, ihr die Unterhaltung eines ständigen Heeres von 200 000 Mann zu gestatten, eine endgültige Antwort nicht erteilt haben, an die Konferenz gewandt, um eine vorläufige Verlängerung der ihr gestellten, am 10. Juli ablaufenden Frist herbeizuführen, binnen der die Wehrstärke in Deutschland auf 100 000 Mann herabgesetzt werden soll. Zur Begründung ihres Antrages macht die Deutsche Regierung insbesondere geltend, daß „nach dem, was die Alliierten Regierungen ihr auf der Konferenz von San Remo mitgeteilt hatten, sie erwarten mußte, daß erst die Konferenz in Spa endgültig über dieses Ersuchen bestimmen würde“.

Die Alliierten Mächte können diese Auslegung der von San Remo aus an die Deutsche Regierung gerichteten Note nicht gelten lassen. Sie haben damals deutlich erklärt, daß sie das in der deutschen Denkschrift vom 20. April gestellte Ersuchen nicht prüfen konnten, solange Deutschland den wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht nachkomme und die Entwaffnung seines Heeres nicht in Angriff nehme. Nichts in der Antwort der Alliierten Mächte erlaubte der Deutschen Regierung, sich für ermächtigt zu halten, die Durchführung der zur Vereinigung der Wehrstärke auf 100 000 Mann erforderlichen Maßnahmen, die seit dem 10. April hätten im Gange sein müssen, auszuschieben.

Im übrigen haben die Alliierten, indem sie die für diese Maßnahmen benötigte Frist bis zum 10. Juli verlängerten, den Schwierigkeiten vollauf Rechnung getragen, auf die Deutschland sich bisherigeweise berufen konnte.

Unter diesen Umständen haben die Alliierten Regierungen keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der Frist zuzustimmen. Sie bestätigen vielmehr klar und einfach ihre früheren Erklärungen: Die militärischen Bestimmungen des Vertrags von Versailles über das deutsche Heer werden sowohl hinsichtlich seiner Stärke als auch seiner Gliederung und Bewaffnung in vollem Umfange aufrecht erhalten; sie müssen auf das genaueste ausgeführt werden.

Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Abrüstung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so verkennen sie doch nicht die Notwendigkeit, der Deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Sie erkennen gern an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die Alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie können aber unter keinem Vorwande zulassen, daß diese Vermehrung durch Verbe-

stärkung der Legitimation. Die „Freiheit“ stellt fest, daß an der Sitzung der Moskauer Internationale kein Vertreter der deutschen Unabhängigen teilgenommen hat; das könnte höchstens Wilhelm Herzog sein, dessen Abfassung so bekannt sei. Das ist sie wohl — aber nicht durch die „Freiheit“, sondern durch den „Vorwärts“.

Aufhebung des Bismarckwanges für Auslandsreisen durch Verhandlungen mit den Nachbarstaaten verlangt ein deutschbürgerlicher Antrag im Prager Parlament.

haltung der Sicherheitspolizei, einer Polizeitruppe von ausgeprägter militärischer Art und Organisation, hinsichtlich zu deren Ausbildung Deutschland bereits vom Dezember 1919 ab angefordert worden war. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von drei Monaten von der Abfertigung dieser Note ab getrennt beendet sein. Die Alliierten sind mit der Verstärkung der allien. „Ordnungspolizei“ genannten Polizeitruppe einverstanden. Die Ordnungspolizei zählt gegenwärtig 92 000 Mann. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß sie bis auf 150 000 Mann vermehrt wird. Sie knüpfen jedoch an diese Zustimmung folgende Bedingungen, die strengstens durchzuführen werden müssen:

Die Ordnungspolizei muß ihren Charakter als städtische und Gemeindepolizei wahren. Sie erhält in keinem Umfange und in keiner Weise eine zentrale Organisation. Sie wird mit einer Bewaffnung ausgerüstet, die ihrem Zwecke entspricht und von dem Interalliierten Ueberwachungsamt festgestellt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestande von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann einbezogen sind, die von dem Interalliierten Ueberwachungsamt für Polizeizwecke in der neutralen Zone ernannt worden sind.

Die Vermehrung der Ordnungspolizei erstreckt sich übrigens weder auf die linksrheinischen Gebiete, in denen die Hohe Rheinlandskommission allein die erforderlichen Stärken festzusetzen befugt ist, noch auf die Abklimungsgebiete, es sei denn, daß die Interalliierten Regierungs- und Beobachtungsausschüsse dies ausdrücklich verlangen.

Schließlich wird die Vermehrung der Stärke der Ordnungspolizei in dem Maße erfolgen, in dem die Auflösung der Sicherheitspolizei fortschreitet, und zwar derart, daß in keinem Zeitpunkt die Stärke der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zusammen 150 000 Mann überschreiten darf.

Andererseits haben die Mächte beschlossen, die Deutsche Regierung ihren an den Ueberwachungsamt gerichteten Ersuchen gemäß zu ermächtigen, den Bestand der Gendarmerie von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen.

Die Alliierten möchten schließlich die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung auf die Tatsache lenken, daß sie während der drei von der Abfertigung der gegenwärtigen Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei laufenden Monate es nicht zulassen werden, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, die fortschreitend vermindert werden muß.

Der Interalliierte Militärüberwachungsamt ist befugt, die Anwendung dieser verschiedenen Maßnahmen, die den berechtigten Wünschen der Deutschen Regierung in vollem Umfange Rechnung tragen (21), zu überwachen.

III.

Artikel 201 des Vertrages von Versailles untersagt für die Dauer von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Herstellung von Luftfahrtmaterial jeder Art und seine Einführung nach Deutschland. Andererseits bestimmt Artikel 202, daß Deutschland den Alliierten und assoziierten Hauptmächten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages das ganze Luftfahrtmaterial des Heeres und der Marine ausliefern.

Diese beiden Artikel zusammengekommen ergeben, daß der Interalliierte Luftfahrtüberwachungsamt ein Zeitraum von drei Monaten, beginnend mit dem Augenblick, an dem sie das deutsche Luftfahrtmaterial abgenommen hat, und endigend mit dem Zeitpunkt, zu dem Deutschland seine Fabrikation wieder aufnehmen ermächtigt ist, zur Verfügung steht. Diese Frist soll dazu dienen, um die Durchführung der die Luftfahrt betreffenden Bestimmungen und insbesondere den Transport oder die Unbrauchbarmachung des Materials zu sichern.

Da Deutschland sein Luftfahrtmaterial innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgeliefert hat, wird die Ueberwachungskommission nicht in der Lage sein, ihre Arbeiten vor Ablauf der in Artikel 201 vorgesehenen sechsmonatigen Frist zu beenden. Würde die Herstellung von Luftfahrtmaterial vom 10. Juli ab wieder gestattet, so würde es also praktisch unmöglich werden, die Ausführung des Artikels 202 zu überwachen.

Die alliierten Mächte stellen fest, daß diese Sachlage die unmittelbare Folge des Vertrags ist, in dem Deutschland hinsichtlich der Ausführung der Bestimmungen des Vertrages geraten ist; sie sind andererseits der Ansicht, daß jedenfalls drei Monate zwischen dem Zeitpunkt, in dem Artikel 202 voll zur Anwendung gekommen ist, und dem Tage, von dem an Deutschland die Fabrikation wieder aufnehmen darf, verstreichen müssen.

Die Konferenz hat daher entschieden, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial, wie sie im Artikel 201 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, innerhalb von drei Monaten beginnend mit dem Augenblick, an dem diese Mächte das gesamte Luftfahrtmaterial des Heeres und der Marine abgeliefert hat, und den die Interalliierte Luftfahrtüberwachungskommission offiziell anzeigen wird, im gesamten Gebiet von Deutschland unteragt bleibt.

Diese drei Noten beinhalten für Deutschland neue Gefahren heraus, von denen die alliierten Staatsmänner offenbar nicht die blasseste Ahnung haben. Aufgabe unserer Unterhändler in Spa wird es sein, der Gegenseite klarzumachen, daß sie sich selbst ins Fleisch schneiden, indem sie Deutschland diesen lächerlichen neuen Erschütterungen ausliefern. Die „Dona“ will aus wohlunterrichteten neutralen diplomatischen Kreisen erfahren haben, daß diese drei Noten noch nicht das letzte Wort der Entente bilden, namentlich bezüglich der geforderten Auflösung der Sicherheitspolizei. Das wollen wir im Interesse der ganzen Welt auch hoffen. Indessen zeigt der Ton der Noten, und besonders die hochtönende, einseitige Behauptung, daß die neuen Forderungen der Entente „den berechtigten Wünschen Deutschlands in vollem Umfange Rechnung tragen“, daß der Geist, der vor einem Jahre in Versailles herrschte, sich kaum verändert hat. Das ist auch kein Wunder, denn noch immer ist drüben Foch der entscheidende Mann.

Resignation. Die „Freiheit“ stellt fest, daß an der Sitzung der Moskauer Internationale kein Vertreter der deutschen Unabhängigen teilgenommen hat; das könnte höchstens Wilhelm Herzog sein, dessen Abfassung so bekannt sei. Das ist sie wohl — aber nicht durch die „Freiheit“, sondern durch den „Vorwärts“.

Aufhebung des Bismarckwanges für Auslandsreisen durch Verhandlungen mit den Nachbarstaaten verlangt ein deutschbürgerlicher Antrag im Prager Parlament.

Gewerkschaftsbewegung

Streiklage im Regierungsbezirk Köslin.

Ueber die Streiklage in Pommern wird uns von zuständiger Stelle geschrieben: Gestreikt wird nur noch in den Kreisen Rummelsburg und Köslin. Da die Verhandlungen in Pöbitz infolge der von dem Pommerischen Landbund Stettin ausgegebenen verärgerten Parole gescheitert sind, ist mit dem Streikausbruch in dem Kreise Pöbitz mit dem heutigen Tage zu rechnen. In Pöbitz hatten sich die Arbeitgeber bereit erklärt, in Sonderverhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten, haben aber diese Verhandlungen infolge der Stettiner Einwirkung zurückgezogen. Der schon unter dem 28. Juni gemeldeten freiwilligen Tarifvereinbarung im Kreise Lauenburg ging eine einstündige Verhandlung unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Dörfer voran. Für den Kreis Belgard finden Verhandlungen vor der Spruchkammer am kommenden Donnerstag statt. In den Kreisen Neustettin und Bütow wird ohne Streik verhandelt. Eine Reihe von Arbeitgebern in den Kreisen Neustettin und Bütow haben mit den Gewerkschaften unter Umgehung der Landbundsparole Einzelverträge abgeschlossen. Im Kreise Bütow sind stellenweise noch Teilstreiks im Gange. Die Verhandlungen über einen Tarifabschluss für den Kreis Köslin nehmen ihren Fortgang. Ungünstig auf ihre weitere Führung hat die scharfmacherische Art des Landbundes eingewirkt.

Das Verhalten der Sicherheitspolizei wird von der zuständigen Stelle als tadellos bezeichnet. Im Kreise Rummelsburg hat ein Kommando der Sicherheitspolizei eine Entwaffnungsaktion durchgeführt, bei der es zu einem Zusammenstoß mit einer auf den Gütern dieses Kreises befindlichen Schar ehemaliger Angehöriger der Abteilung Lübow kam, die bewaffneten Widerstand leisteten. Die Angehörigen der Abteilung Lübow, die sich als technische Nothilfe bezeichneten, wurden von der Sicherheitspolizei entwaffnet.

Im Bezirk herrscht vollkommene Ruhe. Es sind jedoch Komplikationen zu befürchten, da der Landbund bis zum äußersten durchhalten und die Anerkennung seiner Arbeitnehmergruppe mit allen Mitteln erzwingen will.

Die Beschlüsse der Seeleute.

(Von unserem Berichterstatter.)

Genua, 24. Juni. Nachdem der internationale Kongress der Seeleute durch Annahme des Beschlusses der Mandatsprüfungskommission die deutsche Delegation anerkannt hatte, konnten die zur Vorbereitung der Tagesordnungspunkte eingesetzten Kommissionen zusammengetreten. In der wichtigsten Kommission „Internationale Gesetzgebung für die Seeleute“ sind drei deutsche Vertreter, von jeder Gruppe einer gewählt. Gleich zu Anfang wurde beantragt, die ganze Materie zwecks nochmaliger Prüfung und Sammlung weiterer Materialien an das Arbeitsamt zurückzuverweisen. Der Antrag wurde von den Arbeitervertretern stark bekämpft und schließlich abgelehnt. Um die ziemlich weit auseinandergehenden Auffassungen über das Prinzip und die Materie zu klären, wurden zwei Unterkommissionen gewählt, die der Kommission Vorschläge zu unterbreiten haben.

Die Kommission für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in der Schifffahrt (Drei-Wochen-System) ist zu einer endgültigen Beschlussfassung nicht gekommen. Beschlossen ist, daß ein eventuell zu schaffendes Gesetz Anwendung haben soll auf alle auf der Fahrt an Bord arbeitenden Personen mit Ausnahme der nicht wachegehenden Offiziere. Es besteht leider die Gefahr, daß die gesamte Seegeschifffahrt ausgenommen wird, da die gesamten Arbeitgeber gegen die Ausdehnung des Drei-Wochen-Systems auf die Seegeschifffahrt sind.

Die Admmission für Arbeitsvermittlung hat sich — allerdings ohne direkten Beschluß — bereits dafür ausgesprochen, daß sie nicht die staatliche, sondern die auf freier Vereinbarung eingerichtete Stellenvermittlung für die bessere hält.

Das Plenum wird erst wieder zusammenzutreten, wenn die großen Kommissionen mit ihren Arbeiten fertig sind.

Der Streik in Potsdam.

Trotz aller Bemühungen der verschiedenen Behörden ist es nicht gelungen, den Streik der städtischen Arbeiter in Potsdam zu beenden. In den Mittagsstunden des gestrigen Tages gab die Streikleitung ein Flugblatt heraus, um die Bürgerchaft über die Ursache des Streiks aufzuklären. Das Flugblatt besagt folgendes: Die Arbeiter haben durch den zentralen Schlichtungsausschuß als verbindliche letzte Instanz einen Schiedsspruch erhalten, welchen die Arbeiter und sogar der Magistrat anerkannt haben. Nur die Stadtverordneten haben abgelehnt. Jetzt bestehen die Arbeiter auf ihren alten Forderungen. Die Angeklagten versuchen, seit Oktober einen Tarif abzuschließen, haben viele zwecklose Verhandlungen geführt und leben seit acht Monaten vom Vorkauf. Auch sie fordern die Berliner Sätze, welche bereits für 70 Groß-Berliner Gemeinden laut Schiedsspruch bewilligt sind. Die Arbeiterchaft steht auf dem Standpunkt, daß der Streik hätte vermieden werden können, wenn das Stadtoberhaupt sich entgegenkommender gezeigt hätte. Nicht wenig haben auch die Vorgänge bei der städtischen Lebensmittelverteilung den Unmut der Beamten und Arbeiter hervorgerufen. Regierungspräsident Schleusener ist bis zur Stunde bemüht, den Streik zu beenden, was ihm aber nicht gelungen ist. Die Arbeiter erklären, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis ihnen die Stadtverordneten ihre Wünsche erfüllen. Auch die Zeitungen in Potsdam haben ihr Erscheinen für heute eingestellt.

Wie uns in später Abendstunde gemeldet wird, haben die Magistratsbeamten in Potsdam loeden ein provisorisches Abkommen mit dem Magistrat getroffen und werden daher am Dienstag die Arbeit unter Vorbehalt aufnehmen. Die Arbeiterchaft dagegen beharrt weiter im Streik.

Um die Löhne der Verkehrsarbeiter und Angestellten.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Erbsenbahnen hat auf die Antwort des Oberbürgermeisters Bernuth nochmals eine Eingabe an letzteren gerichtet, in welcher betont wird, daß die Verkehrsunternehmen ihre Tarife nicht so leicht erhöhen könnten, wie die Industrie ihre Verkaufspreise. Knapp eine Erhöhung der Arbeiter- und Angestelltenlöhne müßte ein Abbau derselben vorgenommen werden. Berlin sei in der Art der Verwilligungen allen anderen Städten vorangegangen. Ein Ueberpreis der nuerdings von den städtischen Arbeitern gestellten Lohnforderungen auf die Verkehrsbetriebe müßte den völligen Ruin der letzteren zur Folge haben.

Sowohl die erste Denkschrift des Arbeitgeberverbandes als auch das jetzige Schreiben auf die Antwort des Oberbürgermeisters Bernuth erwähnen nur immer die angeblich hohen Löhne, ohne auch nur mit einem Worte anzudeuten, daß die Verkehrsunternehmen in erster Linie unter der beispiellosen Steigerung der Material- und Strompreise leiden, die proportional die Steigerung der Arbeiterlöhne um das Vierfache übersteigt.

Es wird weiter völlig außer Acht gelassen, daß die Erhöhung der Löhne lediglich einen bescheidenen Ausgleich gegenüber der ungeheuren Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel des täglichen Gebrauchs darstellt. Solange hier keine Preislenkung, sondern sogar immer noch eine Preissteigerung wahrgenommen ist, kann man doch nicht verlangen, daß die Löhne abgebaut werden sollen.

Bleibt übrig das von dem Arbeitgeberverband beanstandete Maß von bezahlten Leistungen in Form von Urlaub, bezahlter Bezahlung von Sonntagarbeit, Gewährung von Urlaub, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage usw.

Daß durch Rückgängigmachung dieser sozialen Leistungen den Verkehrsunternehmen ein erheblicher Vorteil erwachsen würde, kann nicht angenommen werden. Und es spräche auch unserer Zeit gegen, wenn die Gemeinden sich dieser Pflicht gegenüber den Arbeitern und Angestellten weiter entziehen wollten.

Sollen die Verkehrsunternehmen wieder rentabel gestaltet werden, so muß zunächst an einen Abbau der Rohmaterialien und Strompreise gedacht werden, denn es ist doch sicher auch dem Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen usw. kein Geheimnis, daß die Preissteigerung einflußreicher Kapitalistenkreise die Verkehrsunternehmen in jene unhaltbare Lage gebracht hat.

Bei den wirtschaftlich Schwachen zuerst sparen zu wollen, mag höchst bequem sein, hilft aber aus der gegenwärtigen Misere nicht heraus.

Plenarversammlung

der Berliner Gewerkschaftskommission.

Am Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 6 Uhr, findet im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, eine Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung des Berichts über die Einigungsverhandlungen mit den Betriebsrätezentralen. Nur Delegierte haben Zutritt.

Achtung, S. P. D. Betriebsräte!

Die Verhandlungen der letzten Wochen über den gemeinsamen Zusammenschluß der Betriebsräte mit der Gewerkschaftskommission und Zentrale Münzstreife konnten leider immer noch nicht zu Ende geführt werden. Wir werden aber in der nächsten Zeit in einer Versammlung der S. P. D. Betriebsräte über den Abschluß der Verhandlungen und über die feststehenden Verschleppungsmanöver der Zentrale Münzstreife genaue Bericht erstatten.

Betriebsräte-Sekretariat S. P. D., In den Zelten 28.

Dem Zentralverband der Angestellten erhalten wir folgende Zuschrift: Der mit so hochgepannter Erwartung ersehene Teiltarif für die Lohnangestellten bei den Reichs- und Staatsbetrieben hat bei den Kollegen eine große Enttäuschung ausgelöst. Nicht nur, daß eine wesentliche Aufbesserung für die größte Zahl der Angestellten durch diesen Teiltarif ausgeblieben ist, muß eine große Anzahl noch einen im April empfangenen Vorschuh zurückzahlen. Die Enttäuschung hierüber und über die Form, wie die Ressortvertreter mit den Beauftragten der Gewerkschaften verhandelt haben, kam in einer Versammlung der Angestelltenräte der Reichs- und Staatsbetriebe einstimmig zum Ausdruck.

Um den Verbändlern bei der bevorstehenden Beratung über den Teiltarif den nötigen Rückhalt zu geben, wurde beschloffen, einen reformfähigen Zusammenschluß der Angestelltenräte herbeizuführen, die als Beauftragte der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen an der Verbesserung der drückenden Verhältnisse mitzuwirken haben. Es kam weiter zum Ausdruck, daß der schlechte Teiltarif zum größten Teil auf den Mangel an gewerkschaftlichem Zusammenschluß in den Betrieben zurückzuführen ist. Es wurde beschloffen, eine Vollversammlung aller Angestellten der Reichs- und Staatsbetriebe am Donnerstag um 4 Uhr nach dem Lustgarten einzuberufen, um in einmütiger Protestkundgebung den Ressortvertretern wie den neuen Ratsmitgliedern den Willen der Angestelltenchaft zur Kenntnis zu bringen, daß so schnell wie möglich Schritte unternommen werden, die bestehende Notlage zu mildern.

Zentralverband der Zimmerer, Dreiverwaltung Berlin und Umgebung, Dienstag, den 29. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses: Versammlung sämtlicher Vertrauensleute. Erscheinen ist Pflicht.

Deutscher Transportarbeiterverband, Franche der Einkäufer und Kassaboten, Dienstag, den 29. Juni, abends 7,7 Uhr, findet im Saal von Wegener, Seidelstr. 30, eine wichtige Vertrauensmänner-Versammlung statt.

Zentralverband der Angestellten, Versammlungen am Mittwoch, den 30. Juni: Nachgruppe 2b (Kleinstbetriebe): Preiswerkschaftliche Teiltariffrage! Vollversammlung 7 Uhr, Gesellschaftshaus, am Haseligen Markt, Kolonnenstr. 36. — Nachgruppe 4a (Versicherungsbekannteter): Mitglieder-Versammlung 5,1/2 Uhr, Dresdener Kaffee, Dresdener Str. 34. — Nachgruppe 4b (Berufsoffizialen): Obmänner und Funktionäre: 6 Uhr, Gonerlands Behälter, Neue Friedrichstr. 35. — Nachgruppe 17/18a (Kassaboten): Mitglieder-Versammlung 8 Uhr, Verbandslokal, Silesianerstraße 7/10.

Nacharbeiter-Verband, Gruppe der Lakenlampen-Batterien und Elemente-Arbeiter: Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, Versammlung, Kolonnenstr. 10-11. Bericht über die Tarifverhandlungen. — Schallplattenarbeiter: Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 6 Uhr, Gruppenversammlung im Prälator, Weihenker, Ledbergstr. 122.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weller, Charlottenburg, für den Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Gesellschaft v. B. Schönlank, Postfach 100, Berlin, Lindenstr. 2, 10721 1. Klasse.

Außergewöhnlich billiges Angebot

Kinder-Bedarfs-Artikel

Knaben-Waschanzüge

- Serie I: Kittel- u. Einknöpfnanzüge 37⁵⁰
für das Alter von 2 bis 5 Jahren Einheitspreis
- Serie II: Blusen- und Jackenanzüge 47⁵⁰
für das Alter von 5 bis 8 Jahren Einheitspreis
- Serie III: Ia Kieler Drellanzüge, weiß 86⁰⁰
mit marine Ueberkragen und Manschetten für das Alter von 3 Jahren
Jede weitere Größe 5,— M. bzw. 7,— M. mehr

Knaben-Stoffanzüge

- Serie I: Blusen- und Jackenformen 48⁰⁰
für das Alter von 4 bis 8 Jahren Einheitspreis
- Serie II: Jacken- und Sportformen 67⁵⁰
für das Alter von 9 bis 11 Jahren Einheitspreis
- Serie III: Sportformen aus mellarten Stoffen 95⁰⁰
für das Alter von 12 bis 14 Jahren Einheitspreis

Mädchen- und Backfischkleider

- Kinder-Waschkleider weiß und farbig . . . von 9⁸⁵ an
- Backfisch-Waschkleider weiß u. farbig, von 95⁰⁰ an

Mädchen- und Knaben-Wäsche

- Mädchenhemden mit Stickerei, 45 bis 100 cm lang . . von 14⁷⁵ bis 42⁵⁰
- Mädchenbeinkleider mit Stickerei, 30 bis 60 cm lang von 17⁵⁰ bis 32⁰⁰
- Knabenhemden mit Falten, 50 bis 90 cm lang von 16⁵⁰ bis 47⁵⁰

Kindermatrosenhüte

In verschied. Formen und Ausführungen . . 3⁹⁰ 6⁵⁰

Kinderschuhe und Stiefel in reicher Auswahl zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Sommer-Spielwaren

- Sandsteckspiele aus Holz, hübsch bemalt 550 10⁵⁰
- Sandformen im Karton, aus Ahornholz, mit Brandmalerei 775 12⁰⁰
- Botanisiertrommel in 2 Größen 240 4⁰⁰
- Gießkannen solide Ausführung 775
- Gießkannen mit bunten Bildern bedruckt 400
- Ballschläger mit Fellband, etwa 20 cm Durchmesser 1050
- Große Stoffbälle in bunten Farben 575 675
- Brunnen Blech, lackiert, gute Ausführung 600 1100
- Springseil mit bemalten Holzgrillen 175 2⁶⁰
- Lauf rad „Radelrutsch“ beliebtes Sportfahrzeug für Knaben und Mädchen, 2 Größen 5600 6300

Segelschiffe, Wasserwagen, Uhrwerkboote, Selbstfahrer in großer Auswahl

Ullstein-Schnittmuster in reicher Auswahl

A. Wertheim